

B a u e n. Nicht sonderbar miten nach Ausführungen des Stadtverordneten Weh in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung die Verhältnisse an, die an der Städtischen Handelsschule an der Industrie- und Gewerbeschule herrschen. In der Bürgerkammer führte die Handelschule den Namen „Handelschule“, weil dort das Schiedertum unter den Lehrern so groß sei, daß sie tatsächlich nur im Nebenberufe Lehrer, im Hauptberufe Schieber seien. In der Unterrichtszeit werde das Telefon der Schule auf höchstens 10 Minuten nach Schluß der Schule bereits im D-Ring unterwegs nach Dresden, Leipzig und Berlin, um ihren Schiedergeschäften nachzugehen. Ein Lehrer habe auf diese Weise sich so viel Geld verdient, daß er jetzt ein Geschäft aufgemacht habe. Ein anderer treibe Effektenpekulationen, sammt einer Anzahl Aktien und fahre dann als Aktionär während der Unterrichtszeit zu Generalversammlungen großer Aktiengesellschaften. Ein anderer habe derzeit nebenbei in Waren gehandelt, daß er vor Aufregung jetzt zusammengebrochen sei. Er habe um drei Monate Urlaub nachgeholt und auf sein Gehalt für diese Zeit verzichtet. Die Schiedergeschäfte nähmen die Lehrer so in Anspruch, daß sie für die Schule gar keine Zeit übrig hätten. An der Industrie- und Gewerbeschule seien Utensilien im Werte von Millionen gestohlen worden. Ein Lehrer besitze 28 Nachschlüssel. Redner sprach den Verdacht aus, daß dieser der Dieb sei. Der Ton an diesen Schulen sei einer Schule unähnlich. Ein Studienrat der Handelschule habe Äußerungen getan, wie „die ganze sächsische Regierung muß an die Wand gestellt werden und bei uns darf der Nachkommen des Landtags und des Reichstags nicht einreifen“. Das Landgericht hat ihn dafür zu 50000 M. Geldstrafe verurteilt. Erkundigt sei nur, daß der Studienrat als Aufsichtsbekleidete bisher nicht eingearbeitet habe; in dem genannten Diebstahlsfall sei nicht einmal Strafandrohung gestellt worden, obwohl es sich um städtisches Eigentum handelt.

B a u e n. In Rirschau lag bei offener Haustür eine frange Frau allein im Hause. Ein Lumpenflammer erschien in der Wohnung und verewaltigte die Franke, ohne daß es ihr möglich gewesen wäre, um Hilfe zu rufen.

Freiherg. Die Landtagskommission Freiberger ist bekannt: Im Reichsbild der Stadt Freiberger nehmen die Diebstahle in erschreckender Weise zu. An die Bevölkerung wird dabei die Mahnung gerichtet, des Nachts alle möglichen Sicherungsmassnahmen genau das Diebstahlsgefahr zu treffen. Es sind in der letzten Zeit, u. a. vom 4. bis 10. März 1923, aus dem Grundgebäude des „Dammungsschadtes“ in Halsbrücke mittels Einbruches ungesähr 40 laufende Meter Rautholz in einer Stärke von 20-24 cm herausgelöst und gestohlen worden. Das Grundgebäude ist außer Betrieb gesetzt und soll zum Vorkommen an den Bergbau erhalten bleiben. Bei weiterem Herauslösen solchen Holzes besteht die Gefahr, daß der Dachstuhl zusammenbricht. Ferner wurde in der Nacht zum 14. März 1923 vom Bahnhof Halsbrücke ein eiserner Bremszylinder gestohlen, der zum Fahren von in Bewegung befindlichen Eisenbahnwagen dient.

K i n g e n t h a l. Die Wirtschaftslage in der sächsischen Harmonikindustrie ist durch den plötzlichen Sturz der ausländischen Devisen eine sehr ungünstige geworden.

S w i d a u. Der Mordprozess Köhn fand mit einem Volaktermin im Wilsenhaus bei Wilschhaus seine Fortsetzung. Der idyllische Flecken, der nur aus einem Galt- und einem Forsthaus besteht, war das Ziel einer nach Hunderten zählenden Menschenmenge. Vor dem am Fuß eines bewaldeten Hügelns reizend gelegenen Galtshof versammelten sich die Richter, die Geschworenen, die Anwälte, der Staatsanwalt und die Sachverständigen. Der Angeklagte wurde von Gefängnisbeamten vorgeführt. Um 9 Uhr begann der Marsch in die noch tief im Schnee liegenden Wäldungen. Zahlreiche Gendarmen, Forstbeamte usw. folgten. Nach etwa zehn Minuten langem Steigen wurde inmitten einer Schöpfung an der Stelle haltgemacht, wo von dem breiten Fahrweg eine Schneise nach dem Kramschweg rechtwinklig abweicht. An dieser Stelle ist nach Darstellung des Angeklagten Köhn das Verwürfnis zwischen ihm und der Grete Müller erfolgt. Angeblich haben sich hier beide getrennt. Durch dieses Geschehen ging es dann stellenweise fast friedlich immer weiter in das Innere des Waldes bis zu der Fundstelle, die allerdings erst nach längerem Suchen gefunden werden konnte, da alle dort angebrachten Merkmale vollkommen verdeckt waren. Auf der kleinen Waldfläche inmitten der Tannen, die etwa zwei Quadratmeter groß ist und wo man damals die Leiche mit dem Kopf an einen Baumstumpf gelehnt aufgefunden hatte, entspannen sich dann lebhaft Erörterungen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsanwalt und Rechtsanwalt Dr. Alberg (Berlin) über die Lage der Leiche. Es wurde dann festgestellt, daß es unmöglich ist, von dieser Stelle nach dem Fundort der Leiche einen zielgerichteten Schuss abzugeben.

S w i d a u. Im Mordprozess Köhn haben sich gestern ganz plötzlich neue Momente ergeben, die ungeahnte Schwierigkeiten verursachen. Zunächst gab der Angeklagte, der sehr blaß und erregt war, eine Erklärung zu dem an ihm abgegebenen Brief an Stern von Stern ab, der in der Verhandlung am letzten Freitag eine gewisse Rolle gespielt hatte. Der Angeklagte wandte sich an die Geschworenen und erklärte: Ich habe ein Unrecht wieder zuzumachen. Ich habe Ihnen am Freitag die Unwahrheit gesagt. Den annehmen Brief an Stern von Stern habe ich natürlich selbst geschrieben. Da gibt es gar nichts zu behaupten. Ich muß offen zugeben, daß ich das Vertrauen, das ich von Ihnen verlangt habe, getraut habe. Ich konnte es am Freitag in dem Augenblick nicht eingestehen, als Stern mir gegenüberstand. Es gab bei mir da eine unerliche Einnahme. Ich bitte Sie, das zu verstehen. Ich bitte Sie, den Herrn Staatsanwalt und das Gericht um Verzeihung dafür, daß ich Ihnen die Unwahrheit gesagt habe. Dann fuhr der Angeklagte, dessen Erregung sich nicht wuchs, fort: Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, meine Herren Geschworenen. Ich möchte als Kenner zu Ihnen sprechen. Es ist mir furchtbar, daß es hier so scheint, als ob ich als Partei gegen Fräulein Müller aufträte. So ist es aber nicht. Wir stehen zusammen; wir beide, Fräulein Müller und ich, wissen ja alle, wie es gemeint ist. Sie, daß sie Selbstmord verübt hat, und ich, daß ich unschuldig bin. (Sehr erregt und beinahe pathetisch): Sie steht jetzt bei mir, schämt mich, weil ich unschuldig bin. Mögen Sie mich verurteilen. Mir kann doch nichts geschehen; denn sie schämt mich mit ihrer großen Liebe. Dann wurde der Jagdanzug vorgelegt, den Köhn zu der fraglichen Zeit getragen hatte und den der Staatsanwalt in der letzten Woche nach Swidau hatte kommen lassen, da Köhn ihn ursprünglich zu dem Volaktermin anziehen sollte. Es ist ein sächsischer Leinen-Sportanzug. Professor Dr. Redel-Lewis befandete, daß er die Kleider oberflächlich untersucht habe, soweit das bei der kurzen Zeit möglich war. An der Sohle befanden sich sicher Blutsfäden. Es sei nur die Frage, woher das Blut komme. Das Gericht beschloß, der Anzeigung der Verteidigung gemäß, Professor Dr. Strauch-Berlin damit zu beauftragen, die Untersuchung im kaiserlichen Institut in Berlin vornehmen zu lassen. Die Untersuchung selbst wird Dr. Strauchmann, Assistent an diesem Institut, vornehmen, während Professor Dr. Strauch die Untersuchung überwachen wird.

B e u n i g b e i W e r b a u. Oer erhielten seit Weihnachten 28 bedürftige wöchentlich 1 Marke im Werte von 100 M. zur Verbilligung des Brotpreises. Da die dafür gegebenen Mittel zu Ende gingen, veranstaltete die Reichsbehörde

die Bitte des Gemeindevorstandes Mornroth eine Weihnachtsfeier am Ort, welche den letzten Betrag von 221 000 M. erbrachte. Hierdurch wird es möglich, die erkrankten Patienten zu versorgen, und zwar mit dem auf 200 M. in der Woche verdoppelten Unterhaltungsbeitrag zur Brotverbilligung für alte Sozialrentner und für Rentnerinnen.

S c h w a r z e n b e r g. Um die Kosten der Übertragungen herabzusetzen, hat die Stadt Bauernlänge für Holzwege und kleine Innenwege beschafft. Die Beschaffungskosten betragen hierdurch aus noch 21- bis 24000 M.

L i m b a c h l. S a. Infolge Obstruktion der Kommunisten konnte die erneut angesetzte Bürgermeistereiwahl durch die Stadtverordneten nicht erfolgen. Die Wahl dürfte nunmehr erst von dem neu zu wählenden Stadtverordnetenkollegium vorgenommen werden.

S t. G o l d b e r g. Für bedürftige Einwohner spendete Fabrikbesitzer Wolf 90000 M., die durch die Gemeinde zur Verteilung kamen. — Im benachbarten Grumbach drohten unbekanntes Männer die Bekker mehrerer Witter und erlangten dadurch die kostenlose Herausgabe von Getreide.

B l a u e n. Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben genehmigt, daß die Stadtgemeinde Blauen für eine wertbeständige Anleihe in Höhe des Wertes von 5000 Festmetern Drehholz auf den Inhaber lautende Schulverschreibungen ausstellt.

B u r a u. Im Obstgarten des Gutsbesizers St. in Wahren wurden beim Graben von Baumstümpfen in einer Tiefe von etwa 60 Zentimetern zwei menschliche Skelette gefunden. Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat diese Skelette beschlagnahmt, um festzustellen, seit wann sie in der Erde liegen.

L e i p z i g. In der Nacht zum Dienstag hörte ein im Grundstücke der Chemischen Fabrik von Springer u. Müller in S. Leutzsch wohnender junger Mann zwei Schüsse krachen. Bei der Durchsichtung des Fabrikhofes fand er den Fabrikwächter beknüppelt liegen. Er hatte anscheinend mehrere Schläge auf den Kopf erhalten und außerdem trug er an seinen Kleidungsstücken Merkmale von Messerschlägen. Der Wächter selbst hatte die beiden Schüsse aus einer Selbstmordpistole abgegeben, anscheinend auf Unschuldiger, die er bei ihrer nächtlichen Arbeit überreicht hatte.

L e i p z i g. Die Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn hat 195 Straßenbahnern gekündigt. Es heißt aber zu erwarten, daß die Kündigten in anderen städtischen Betrieben Unterkunft finden werden. Der Direktor der Großen Leipziger Straßenbahn, August Höner, tritt am 1. April nach über 25jähriger Tätigkeit in den Ruhestand.

Dollar-Schabanweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank
Schluß der Zeichnung:

Sonnabend, den 24. März 1923.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Reichstagsabgeordneter Cuno f. Der Reichstagsabgeordnete Hermann Cuno (DVA) ist gestern mittag nach längerem Leiden im Alter von 66 Jahren gestorben. Freie Eisenbahnfahrt für Kinder bis zum 6. Lebensjahr. Im Haushaltsauschuss des Reichstags wurde gestern eine Entschließung angenommen, nach der künftig Kinder bis zum 6. Lebensjahr freie Fahrt auf den Eisenbahnen genießen und Kinderfahrkarten nicht nur bis zum 10. sondern bis zum 12. Lebensjahr gelten sollen.

Keine Erhöhung der Personen- und Gütertarife. Wie bereits in den Beratungen des Ausschusses des Reichseisenbahnrates am 20. März hinmte auch die Vollversammlung mit überwiegender Mehrheit gegen eine Frachterhöhung für Schmittholz von Ostpreußen und Oberschlesien. Die Einführung eines Wasserumschlagtarifes für Kohlen im Rheinstromgebiet zu gegebener Zeit wurde befürwortet, wobei eine Nachprüfung der Gestaltung des Tarifes für die Häfen Frankfurt-Odenbach seitens des Reichsverkehrsministeriums angefragt wurde. Der Tarif soll an die Bedingung des doppelten Umschlages gebunden sein. Wegen der Einführung von Umschlagtarifen für Güter aller Art im Bereiche der deutschen Stromgebiete werden von der Reichsbahndirektion nach vorgenommener näherer Prüfung des Bedürfnisses Vorlagen erwartet. — Bei der allgemeinen Aussprache wurde bekanntgegeben, daß eine Erhöhung der Personen- und Gütertarife a. St. nicht beabsichtigt sei.

Die Führer der Reichstagsfraktionen vom Reichskanzler empfangen. Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag, ehe er seine Reise nach München antrat, die Führer der Fraktionen des Reichstages von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten und außerdem die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete. Laut „Tageblatt“ begleiteten den Reichskanzler auf seiner Münchener Reise Reichswehrminister Wehler, Reichspostminister Stinlg, der bayerische Gesandte in Berlin von Preger, sowie Staatssekretär Damm.

Vertreter der interalliierten Sozialistenkonferenz in Berlin. Laut „Vorwärts“ wird die von der Pariser interalliierten Sozialistenkonferenz zu Verhandlungen mit der Parteileitung der USPD bestimmte Delegation wahrscheinlich im Laufe des Freitages in Berlin eintreffen. Am Sonnabend wird eine erste Besprechung mit den Vertretern des Parteivorstandes stattfinden.

Kein Generalstreik in Oberschlesien. Aus Weidach wird gemeldet, daß der Ausbruch eines Generalstreikes der ober-schlesischen Bergarbeiter für heute oder morgen nicht zu befürchten sei, da nach das Ergebnis einer Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministeriums abgewartet werde. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wird heute Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Weidach einleiten.

Eine auffachenerregende Gohberratskammer. Ueber einen Gohberratsprozess in Frankfurt a. M. Main berichtet der Frankfurter Volksbericht folgendes: Am 12. März wurde der Kaufmann Wilhelm Kullmann, aus Frankfurt a. M. Main bedürftig, wegen Gohberratskammerbestrafungen festgenommen. Wegen Weisung dazu wurden am 12. und 14. März 1923 festgenommen der Kaufmann Adolf Wiegand, Frankfurt a. M. Main, Wolfgang Diele, Student rez. pol. Walter Eberhard, Weidach, und Alfred Bau. Die Festgenommenen sind Kullmann

des Bundes Ritters a. M. in Weidach. Kullmann hatte den Plan gefaßt, eine Frankfurter Synagoge am 3. März 1923 in die Luft zu jagen, um dadurch die rechtsgerichteten nationaldeutschen Verbände an Aktionen zu veranlassen, die darauf abzielten, im Saagen die Monarchie zu errichten. Er setzte sich mit dem französischen Offizier Kapitan de Comarobe in Verbindung und suchte ihn für seine Aktion zu interessieren. Er glaubte dadurch von dem Franzosen das zur Ausführung der Tat erforderliche Material, zwei Automobile, Handgranaten, Pistolen, Geldmittel usw. erlangen zu können. Die wegen Weisung festgenommenen haben Kenntnis von Kullmanns Absichten erfaßt und haben diese dadurch gesichert, daß sie bei der Ausführung der Tat zur Verfügung stehen wollten. Weiter sind diese haben auch an den Verhandlungen mit dem Kapitan de Comarobe, dem Kommandanten de Dorant bezug. General Kullmann in Höchst a. M. und in der Heiligensarben-Straße 15 in Mainz teilgenommen. Bau war auch in der Gohberratskammer Fuchs-Machhaus und Genossen in Weidach am 2. März 1923 auf Erlassung der Polizeidirektion Weidach hier festgenommen und nach München transportiert worden, wo er am 6. März wieder freigelassen wurde.

Wohlbach noch im Haft. Die „Volkske Zeitung“ bespricht die gestern abend von mehreren Abendblättern gedruckte Weisung, daß der Freikorpsführer Wohlbach aus der Haft entlassen werden sei, als unzutreffend.

Sozialdemokratische Versammlungen durch Kommunisten gestört. Die sozialdemokratische Partei Groß-Berlins veranstaltete gestern abend unter den drei Stichworten: „Steuerfragen, Arbeiterbewegung und nationale Gelehrte“ eine Reihe von Versammlungen, von denen einige unter kommunistischen Siedungsversuchen an seinen hatten.

Beratung des Haushalts für 1923. Der Haushaltsauschuss des Reichstags beschloß bei der Beratung des Haushalts für 1923, der die gesetzliche Grundlage zur Weiterführung der Verwaltung über den 1. April hinaus schaffen soll, die Betriebsmittel durch Schabanweisungen in Höhe von schätzungsweise 5 Milliarden M. zu vergrößern und von den im Haushaltsentwurf für 1923 vorgesehenen Anleihebefehlen zur Bekämpfung einmaliger außerordentlicher Ausgaben zunächst 500 Milliarden M. im Wege des Kredits fließen zu lassen.

Die Münchener Rede des Reichskanzlers. Reichskanzler Dr. Cuno sollte heute Donnerstag früh in München eintreffen. Am Donnerstag abend wird der Reichskanzler bei einer öffentlichen Rundgebung eine große politische Rede halten. Diese Rede wird sich in erster Linie mit dem Verhältnis des Reiches zu den Ländern und mit innerpolitischen Fragen beschäftigen. Ueber die außenpolitischen Fragen wird der Reichskanzler wahrscheinlich nur ganz kurz reden, da im Augenblick die Tendenz der Reichsregierung dahin geht, sich im Augenblick über die politischen Möglichkeiten nicht auszulassen. Das wird aber nicht hindern, daß sich einzelne parlamentarische Gruppen auch während der Osterferien des Reichstages mit der allgemeinen politischen Lage beschäftigen.

Aus den Ausschüssen des Reichstages. Der Stenographische Ausschuss des Reichstags nahm eine Entschließung des Reichstags an, nach der das Reich sich an den Nachbarnwendungen der Länder für die Bezüge der Beamten in entsprechender Weise beteiligt wie bei den Beamten und Angestellten der Gemeinden. Diese Frage solle durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Nachdem der Ausschuss den Rest der Bestimmungen des Landesenergiegesetzes erledigt hatte, vertagte er die weiteren Beratungen bis nach Oken. — Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags setzte heute die Beratung der Vorlage über die Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen fort. Erledigt wurden die Abschnitte des Entwurfs über die Organisation der Krankenversicherung und über das Meldewesen. Im wesentlichen wurden die Vorschläge der Regierung angenommen; jedoch wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten eine Bestimmung abgelehnt, die die Einschränkung der Betriebskrankenkassen bezweckte.

Niederlande.

Die niederländischen Interessen im Ruhrgebiet. Des Telegramm meldet, daß vorerstern im Ministerium im Haag eine Konferenz abgehalten worden sei, auf der die niederländischen Interessen im Ruhrgebiet besprochen wurden. Anwesend waren außer dem Regierungsvorsteher noch Vertreter des Handels und der Industrie Hollands, der Handelskammer von Amsterdam und Rotterdam und der holländische Generalkonsul in Frankfurt a. M., der die gegenwärtige Lage und die gemachten Zugeständnisse schilderte.

Schweden.

Zur Wester Flottenkonferenz. McNeill erklärte im englischen Unterhaus, daß am 25. März in Genf eine Konferenz abgehalten wird, um das Prinzip des Washington-Flottenvertrages auf die Staaten auszuweiten, die ihn nicht unterzeichnet haben, aber Mitglieder des Völkerbundes sind. Die Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, würden von der Konferenz in Kenntnis gesetzt.

Rumänien.

Annahme der neuen rumänischen Verfassung. Die allgemeine Parlamentsdebatte über die neue Verfassung III im Parlament gestern zu Ende geführt worden. Die Verfassung wurde mit 225 gegen 5 Stimmen angenommen, 40 Deputierte enthielten sich der Stimme, 60 waren nicht anwesend. Die Debatte war geschlossen worden, nachdem man es der Opposition unmöglich gemacht hatte, ihren Standpunkt zu vertreten.

Türkei.

Heiterlicher Empfang Mustafa Kemal Paschas. Nach einer Gohberratskammer aus Konstantinopel meldet die Anatolische Agentur, daß Mustafa Kemal Pascha bei seiner Ankunft in Mesina von den irischen Mohammedanern sehr feierlich unter einem Triumphbogen empfangen wurde, der mit schwarzen Fahnen geschmückt war und die Inschrift trug: „Türkisch-arabische Brüderlichkeit! Wergeht nicht eure irischen Landsleute besetzt und!“ Einer Wochenschrift irischer Mohammedaner erklärte Mustafa Kemal Pascha, er wünsche, daß Griechenland kein Mitglied des Völkerbundes werde. — Nach der Anatolischen Agentur sollen die von den französischen Behörden gebildeten armenischen Truppenteile in der Umgegend von Aleppo und Alexandrette Aufschreitungen gegen die mohammedanische Bevölkerung begangen haben. Die Reize Mustafa Kemal Paschas habe eine gewisse Erregung hervorgerufen. Irischen Nachrichten aus guter Quelle zufolge sei es bei seinem Besuche in Adana zu Aufregungen einer Gruppe türkischer Identifizierten aus Antiochia und Alexandrette gekommen, die zwei Tage lang mit schwarzen Fahnen die Straßen von Adana durchzogen und feindselige Rufe gegen Frankreich ausgehoben hätten. Die armenischen Blätter hätten ein Manifest der Iridentifizierten veröffentlicht, in dem Klage über die Verhältnisse geäußert werde; in denen die türkische Bevölkerung in den französischen Mandatsgebieten lebe.

England.

Lord d'Abemond Weston in London. Der englische Gesandte in Berlin, Lord d'Abemond Weston, ist Dienstag nachmittag in London eingetroffen und hat bereits eine Unterredung mit Genar Daw und Lord Curzon gehabt. Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette“ berichtet, aus autoritativer Quelle erfahren zu haben, daß Berlin die Absicht habe, Frankreich zur Regelung der Reparationsfragen neue Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge werden aber nicht nur Frankreich, sondern allen anderen Ges

Landes mitteilt werden. Mit dieser Absicht...
Der Vizepräsident der Kommission...
Die Kommission hat sich mit dem...
Die Kommission hat sich mit dem...

Frankreich.
Der Vizepräsident der Kommission...
Die Kommission hat sich mit dem...
Die Kommission hat sich mit dem...

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 22. März 1928.

Kaufmann gegen Smeets aufgeföhrt?
In Köln. Die W.D. hört, es der Kölner...
Die Folgen der Ruhrbelegung in den belgischen...
Der Widerstand in Essen noch nicht gebrochen.

**Die Folgen der Ruhrbelegung in den belgischen...
Der Widerstand in Essen noch nicht gebrochen.**

7000 Arbeiter entlassen.
In Tokio. In den Marinearsenalen...
Fragen zur Entwaffnung Deutschlands im...
London. Wedgwood fragte 1. ob die...
23 Milliarden Monatsgehalt. Der Rat für...

Die Spinne.
Roman von Sven Enevold.
Verechligte Uebersetzung aus dem...
Der Vollzeibeamte lächelte.
"Ich kann ihn in die Schläfe treffen," sagte er...
"Schön, aber Sie sollen ihn nur ins Bein treffen..."
"Aber", fragte er.
"Warum gehen wir denn nicht gleich..."
Jens betrachtete ihn mißbilligend.
"Sie wissen wohl nicht, was auf dem..."
Es war die Mitteilung von...
"Geh' ungeheuer vorsichtig an..."
"Gegreife Sie jetzt", sagte Jens.
Jens blickte kritisch zum Haus...
"Die Wafferrinne", murmelte er.
"Was der Vollzeibeamten bemerken..."

Die amerikanische Regierung verkauft den...
Der Wiesbadener Theaterbrand ein...
Schleherer im Frankfurter Amtsgericht.

Bermittliches.
Der Wiesbadener Theaterbrand ein...
Schleherer im Frankfurter Amtsgericht.

Marktberichte.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.
Kapellmeister Günther Coblenz gestorben.

Kunst und Wissenschaft.

Kapellmeister Günther Coblenz gestorben.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Die amtlich notierten Preise...
Kunst und Wissenschaft.

Mess-Woche.

Derjenige junge Herr, welcher am Montag, den 5. März, am Abend 9.54 in Riesa auf dem hiesigen Bahnhof seine von der Leipziger Messe nach Dresden fahrenden Eltern auf dem Bahnfeld begrüßt und ihnen ein kleines Paket mit 50 Stück Inhalt überreicht, wird freundlich und dringend gebeten, seinen Namen u. Adresse an Walter Zeitmann, Hamburg, Jungfrauenhof 47, schnellmöglichst bekanntzugeben.

Ja, unverb. Ing. sucht möbl. Zimmer
A. 1. 4. Riesa od. Gröba. Offerten erb. unt. G N 127 an das Tagesblatt Riesa.

Tauschheim, Bismarckstr. gelegene Wohnung (3 Zim. Küche u. Zubeh.) geg. eben- solche ev. ar. d. d. o. l. St. in mittl. Stadt. Off. unt. F Y 124 an Tagesbl. Riesa.

Parfahof
Goldhof Eisenwerda.

Hausmädchen
gesucht. Nicht allzu jung. Für alle Hausarbeiten. Angebote mit Anspr. erbeten. Unter Lohn wird erantl. Frau Schneider.

Aufwartung
nicht unt. 16 Jahren, für Vormittag gesucht, 18000 Mk. Lohn. Vergünstigung. Gröba, Dübener Str. 3 a. p.

Aufwartung
für 1/2 Tag bei voller Kost gesucht. In erfragen im Tagesblatt Riesa.

Ostermädchen
wird aufs Land a. Hausarbeit gesucht. In erfr. Bahnhofstr. 24. 1.

Witwer, Anfang 40er. Eisenw.-W. mit 2 Schulst. Kindern, sucht

Wirtschaftlerin
nicht unter 36 Jahren. Gehalt nicht ausgeschlossen. Angebote unter F W 122 an das Tagesblatt Riesa.

Solid, anständ. Fräulein
sucht Stellung in Riesa od. Umg. als Stütze mit Bedienen bei sofortigem Eintritt. Angebote erb. an Alma Grabe, Dresden-Strießen, Augustburger Str. Nr. 70, 3., bei Richter.

Bedienungsfrau f. Saal
jung, Hausburschen werden angenommen. Bett. Hof.

Zimmermann
zum Wagenkastenbau sof. gesucht. W. Humlich.

8% Provision!
Damen u. Herren zum Verkauf von **Margarine und Käse** an Private gesucht. Abgabe ohne Zwischenhandel u. Fabrikanten a. d. Vertr. Paul Zejn, Hamburg 5. Redegewandte Herren für den dortigen Verkauf meiner **Sparherde**

gesucht. Leichter u. hoher Verdienst. Angebote an H. Wagner, Haderberg, Bahnhofsstr. 15.

Wauktier
u. Geflügel u. Tafelwagen wegen Geschäftsveränderung zu verkaufen.
Schulze, Plotis Nr. 15.

Deutscher Schäferhund
(da zu stark) zu verkaufen
Erdstraße 22 a.

Eine geb. noch gut erhalten. **Hundehütte**
zu Kauf gesucht. Angeb. u. G A 126 an Tagesbl. Riesa.
Gehr. Herren od. ohne Verzierung geg. ebensolches Damenrad zu tauschen gesucht. Max Ostmann, Gröba, Kirchstr. 8 a.

Roggenkleie
Nachgangmehl
Maisfarrot
Trockenschmelz
Zuckerschmelz
empfehlen
G. Heinig
Sangerberg.
Telefon Riesa 84.

Zentral-Lichtspiel-Theater
Gröba.

Bereinsnachrichten
Deutsche Volkspartei. Jahresversammlung Sonnabend, 24. 3., abds. 7 1/2 Uhr im Deutschen Haus. Tagesordnung wird vorher bekannt gegeben.

Hafenschänke Gröba.
Freitag, Sonnabend und Sonntag
Bockbierauschank.
Musikalische Unterhaltung.

I. Etage. Olga Behr
Putzgeschäft, Paulitzer Str. 15, I.
Größte Auswahl in schicken Kleider- und auch Federhüten. — Il- ar- be- itungen aller Art werden — schnellstens ausgeführt. —

Gesiebte Rohkohle
Zentner M. 2400.—
Hans Ludwig, Gröba.

Elektrotechnische Werkstätten
M. Arnold
Riesa — Goethestr. 65 — Fernruf 318
empfehlen sich zur Ausführung elektrischer Licht- u. Kraftanlagen jed. Umfangs
Telefon, Klingel-, Alarmanlagen zur Sicherheit geg. Einbruch D.M.B.
Elektromotorenbau
Reparatur aller Motorenfabrikate unter Verwendung bester Materialien.

Zigaretten
— große Auswahl —
Gold und ohne Mundstück, für Händler, Gastwirte und Kantinen, liefert M. Glaser, Reibzig, Rathbarrenstraße 17, Tel. 23 918.

Saatkartoffeln
frühe Auslauf, Obenwälder Blanc, Deodara und Urtobate, sowie
Speisekartoffeln
empfiehlt
H. Grubbe, Tel. 652.

Hofschlächterei Riesa Schützenstr. 19
Ab morgen Freitag.
Verkauf von prima fettem Fleisch.
Otto Gumbertmann.
Freitag und Sonnabend früh von 9 Uhr an prima
ettes Fleisch und N. Wurstwaren.
Albert Mehlhorn, Werderstraße 10, Tel. 685.

Versteigerung.
Sonnabend, 24. März, vorm. 10 Uhr, kommen durch mich Goethestraße 66 folgende gebrauchte Gegenstände zur freiwilligen Versteigerung, als:
12 Bettstellen (meist mit Matrassen und Federbetten), 8 Wb., ungeschl. Federn, 18 teils Rohr- stühle, 1 Schulbank, Waschtische, Kinderschlitten, Herrenschürzen (neu, Nr. 28), Toilettenpiegel, verschiedene Damenjackets und -Mäntel, Anfinger- geige, Akkordeon (fast neu) u. v. a. m.
Riesa, Albrechtstr. 11. P. Jähnis
verpfl. Auktionator u. Taxator.

Versteigerung.
Sonntag, 25. März, vorm. 11 Uhr, kommen durch mich Jentich'schen Gasthof zum Stern, Reibzig, folgende gebrauchte, aber teils fast neue Gegenstände zur freiwilligen Versteigerung, als:
8 verschiedenfarbige Herren-Anzüge, ein wattiertes Sportjoppen und Jacketts, Leder- schieber, Dosen, Sommerjackets, Hemden, Hüte, Wb., Federbetten, Herren- u. Damen- schürzen 39/41, 2 Paar neue Langstiefel 41/43, neue Schäfte, 2 Herrenfahrräder (eins fast neu), Nähmaschine, silberne Taschenuhr mit silberner Kette u. a. m.
Riesa, Albrechtstr. 11. P. Jähnis
verpfl. Auktionator u. Taxator.

Heute unumwiderrücklich letzter Tag: Solte Neumann in „Toben Rede auf!“
Freitag bis Montag Fortsetzung des Eddie-Films
Zirkus Gray II. Teil:
„Gefangen in Meerestiefe“
Fernseh: „Der Sohn des Viaten“.
Vorführungen: Werktags 7 1/2 Uhr. — Sonntags 3 Uhr.
Voranzeige! Dienstag: Ellen Richter in „Das Rätsel der Spöln“
Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Sach.

Ein- u. Verkaufsgeschäft
Schloßstr. 19.
Täglich von 1 bis 7 Uhr abends geöffnet.
Rausch
Gold, Silber
Platin, Nickel
Gegenstände u. Druck, Al- metalle, Zeitungsblätter u. getrag. Kleidungsstücke
Emil Kaluscha.

Kaufe noch guterhalt. Tages-Zeitungen
Sahle per Kilo 300 Mt.
Alfred Büttner
Blumenhandlung
Rosenplatz.

Altkupfer
Altmessing
kauft als Selbstverbrauch.
Franz Müller, Hauptstr. 53
Fernruf 519.

1 Posten Rohre
2,30 m lang,
zu Gartenläulen passend, ist preiswert zu verkaufen.
Karl Hofmann, Gröba, Dammweg 4. Tel. 670.
Ein schöner Dred a. verk. Schumann, Schulstr. 11.

la Eichenbretter
(20, 24, 30 mm) gibt preiswert ab
Langer & Winterlich
Riesa, Marktstraße.

Erdbeerpflanzen
empfiehlt
Bruno Weber, Glaubitz.

Ca. 10 Fuhren Sägespäne-Mist
abzugeben. Angeb. an
C. C. Brandt, Riesa.

1 Fuhre Schweinedünger
a. Stroh abg. Breitschneider, Riesa, Lommahscher Str. 13

Zu verkaufen: 1 Durschen- mantel, 20000 Mark, 1 Dratenpfanne m. Deckel (Steingut), 60 la., 50 Stk. Türschlüssel (Federn), eine Armwagen (Hängescheitel, 3 kg Tragf., m. H. Gew.), Sandjungwagen.
Gröba, Wollte, Ecke Dübener Str. (Kirchberg).

Guterh. Gutawab
für 80000 Mark zu verk.
Schindler, Vorna 43 b.

Sommermantel
(Sabardine)
fast neu, zu verkaufen.
Gennit, Rosenplatz 4a.
Fast neuer sch. Tuch- mantel f. chl. Fig. a. ver- kaufen. Kunzmann, Neu- Weida, Riesaer Str. 21, 2.

2 gebr. Pianos
habe an Hand. Reflek- tanten-Adress. unt. F X 128 an das Tagesblatt Riesa.

2 neue eiserne Kinderbettstellen
verkauft
Corbis, Rittguth Glaubitz.

Kinderwagen
zu verkaufen. Krüger, Hauptstr. 35, 4.
Gebrauchte, guterhaltene

Bahnkisten
kaufen
Gehr. Walthor & Jllgon.
Beleuchtungskörperfabrik,
Wurzen/Ga.

Die Zeitungs-Anzeige
übertrifft
an Schnelligkeit alle
übrigen Reflektoren

Kammerlichtspiele
Hauptstr. 1
Nur noch heute: Am Dienste der Stede sowie Eddie Vols.
Ab morgen Freitag bis Montag:
7 Akte „Phantom“ 7 Akte
von Gerhart Hauptmann.
Nach dem gleichnamigen Roman der Berl. Mistr. Zeitung. — Sämtliche Darsteller aus „Dr. Mabuse“. — Dieser Film übertrifft alles bisher Gezeigte und ist ein Triumph der deutschen Filmindustrie. — Hierzu der übige Spielplan. —
Täglich ab 7 und 9 Uhr. — Künstlerkassette.
Sonntag ab 2 Uhr große Jugendvorstellung. Lachen ohne Ende!
Ab Dienstag: **Zirkus Gray**
(Zirkuskönig 2. Teil).
Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer **A. Marek.**

Innung „Bauhütte“ Riesa.
Gefellenprüfungen Mittwoch, 28. März.
Praktische Prüfung vorm. 8 Uhr für Maurer und Zimmerer auf dem Bauhof des Baumeisters R. Schneider, Riesa; für Schiffbauer auf dem Schiffbauwerke der Firma G. W. Förster, Riesa.
Mündliche und schriftliche Prüfung nachmittags 1/3 Uhr in der „Elbterrasse“, Riesa.
Der Prüfungsausschuss: Fr. Bänder.

Konfirmations- Dankeskarten
werden schnellstens angefertigt in der Buchdruckerei
Langer & Winterlich
Riesa, Goethestraße 59.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Feingange unseres kleinen Lieblings
Edith
sprechen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank aus.
Riesa, 22. März 1923.
Albert Rothe und Frau geb. Striegler.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Feingange ihrer lieben Mutter, Frau
Marie verw. Rozam
geb. Anger
sagen nur hierdurch herzlichsten Dank ihre trauernden Kinder.
Riesa, am 21. März 1923.

Am 21. d. Mts. verstarb im Krankenhaus Riesa an den Folgen seines am 10. erlittenen schweren Unfalles unser Vorarbeiter
Herr Wilhelm Henschel aus Riesa.
Wir betrauern einen tüchtigen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
Riesa, den 22. März 1923.
Vinter-Ostmann-Lauchhammer
Aktiengesellschaft.
Stahl- und Walswert Riesa.

Gestern mittag 1 Uhr verschied infolge Unfalls meines heißgeliebter Gatte und lieber Vater
Friedrich Wilhelm Henschel
im 37. Lebensjahre. Im tiefsten Schmerz
Helma verw. Henschel
im Namen aller Hinterbliebenen.
Riesa, Siedelung Neue Hoffnung, am 22. März 1923.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachm. 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Waschseife
hart, hellgelb
und erster Gang
ca. 250 Gr.
Riegel M. 450.—
einschl. Versand, ab Fabrik.
12 1/2, Ro. Wollt. u. Nachw.
B. Metzner Seifenfabrik
Braunschweig, Reichsstr. 29.

Möbel
neue und gebrauchte preisw. zu verkaufen
Oskar Wesse
Riesa, Bruchgasse 4

Brennabor-
Fahrräder
Fahrradbereifung
Kinderwagenreifen
zu sehr billigen Preisen.
Fahrradhaus
Otto Mühlbach
Riesa, Bismarckstr. 11
Ede Schloßstr.

Wir verkaufen
Freitag und Sonnabend
ab unserem Lager
Stiens & Co.

Brennholz
zum Preise von 39000
Mark pro rm. Bestellung
nehmen entgegen

Baer & Co.
Riesa, Wettinerstr. 16.

Strifttausgabe
Riesa-Land und Stadt
Sonnabend, d. 24. 3. 23.
Ausgabe: 8-12 vorm.,
2-8 nachm.

H. Schellisch
frische grüne Beringe
feinste Nordseeware.
Einen's Bürger.

Empfehle
la Weizenmehl
Pfund 800 Mt.
ff. Schnittmehl
Pfund 900 Mt.
Emil Klingler
Bismarckstr. 11a.

Butter, Eier
kauft laufend
Deinze, Hauptstr. 45.

Gute Speisekartoffeln
empfiehlt zu herabgesetzten
Preisen
H. Schellisch
Schützenstraße.

Schweinsköpfe
Bis 2100 Mt.
bei einem
halben Kopf
2000 Mt.,
sämtliche
Fettwaren,
H. Fettbüchlinge,
Pfund 1000 Mt.,
Radieschen, Rhabarber,
Salat
empfiehlt
zum billigsten Tagespreis
Paul Pfeifer
Wettinerstr. 29. Tel. 147.

Speck.
Prima frischen Salzspeck,
extra starke Ware,
vorzüglich im Geschmack,
auch zum Selbstbräuen,
Pfund 3800 Mark
bei 5 Pfund 3750 Mark,
Schmalz, Margarine
zum billigsten Tagespreis
empfiehlt
Germann Modler
Schulstr. 3, Telefon 711.

Gasthof Radewitz
Sonnabend, 24. 3., Ant. 1/8
Skattournier
Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Die Invasionsgefahr im Osten.

Bei den Besprechungen über den Abschluss eines englich-französisch-belgischen Sicherheitsvertrages zur Aufrechterhaltung des Versailler Friedensvertrages wurde von englischer Seite mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Frankreich auch die Einbeziehung Polens und der Tschechoslowakei in dieses Sicherheitsabkommen fordere. Es ging daraus bereits hervor, daß die Franzosen die durch den Versailler Vertrag neuerschaffenen Staaten Polen und die Tschechoslowakei als Vasallenstaaten betrachten, deren Fallsinnung kein anderer ist, als im Falle eines französisch-deutschen Konflikts Deutschland vom Osten her im Rücken zu lassen und im Dienste Frankreichs nach Kräfte niederzuheben zu lassen. Es sind aber neuerdings Anzeichen dafür da, daß Poincaré schon jetzt den Zeitpunkt für gekommen hält, auch während des Ruhrkonflikts seine beiden Kettenbunde im Osten gegen das deutsche Volk loszulassen. Die Nachrichten häufen sich, nach denen Frankreich auf Polen einen kräftigen Druck ausübt, um es zu veranlassen, auch seinerseits durch Befestigung deutscher Gebietsteile den Druck auf das deutsche Volk zu verstärken. Das offizielle Organ der litauischen Regierung berichtet soeben aus Warschau, daß dort die Ansicht herrsche, in Ostpreußen einzufallen, um Deutschland in der Ruhrfrage zur Kabinettation zwingen zu lassen. Die „Magische Rundschau“ weist sogar mitteilen, daß die Polen an Litauen ein Einvernehmen zur Vertiefung gemacht haben. Offenbar wollen die Polen sich die Neutralität der Litauer sichern, bevor sie den Einfall in Ostpreußen wagen.

Nun ist freilich der politische Eroberungsplan nach Königsberg kein militärischer Spasiergang. Das wissen die Herren in Warschau ganz genau, daß sie dort leicht unerwartete Widerstände erleben können. Aber wenn Frankreich befehligt, muß Polen gehorchen. Man hat ihm aber offenbar auch tschechische Hilfe versprochen. Aus den tschechisch-böhmischen Grenzgebieten mehren sich die Meldungen, die von tschechischen Truppenansammlungen und Märschen zu berichten wissen. Die zahlreichen Ausweisungen Deutscher aus der Tschechoslowakei, die angeblich nur die Antwort auf deutsche Ausweisungen tschechischer Staatsangehöriger sind, haben augenscheinlich das Ziel, einen deutsch-tschechischen Konfliktstoff zu schaffen. Von Paris her wurde auftrag der gleiche Druck wie auf Warschau ausgeübt, um auch einen tschechischen Einfall in die tschechischen und schlesischen Grenzgebiete zur Unterstützung der französischen Intervention zu organisieren. Was die Polen wie die Tschechen noch zögern läßt, ist offenbar nur die Frage, wie sich wohl Rußland im Falle eines solchen Friedensbruchs im Osten verhalten werde. Die Sowjet-Regierung hat in letzter Zeit oft und deutlich genug erklärt, daß sie nicht länger darauf verzichten werde, bei der Regelung osteuropäischer Fragen gehört zu werden. Wenn insbesondere Polen in Ostpreußen einbricht, wird Rußland sicherlich nicht ruhig bleiben. Diese Erwägung hat die Polen wie die Tschechen bisher wohl gehindert, dem französischen Druck nachzugeben. Es ist aber zweifellos, daß dieser Druck sich in letzter Zeit sehr verstärkt hat, was ein Beweis dafür ist, daß die französische Regierung wegen des Ausganges des Ruhrabenteuers ernste Befürchtungen hegt und daran verzweifelt, ohne fremde Hilfe einen Erfolg erzielen zu können. Deshalb wird die Reichsregierung der Haltung der Polen und Tschechen in nächster Zeit die allergrößte Aufmerksamkeit zuwenden müssen, denn nur die Furcht wird diese französischen Vasallenstaaten abhalten können, im Dienste Poincarés einen Raubzug nach Deutschland zu unternehmen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. März.

Der Gesetzentwurf über Verlängerung des Besoldungs-Vertrages und der Nothaushalt für 1923 werden dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes, eingebracht von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, wird in allen drei Lesungen angenommen. Hiernach wird die 2. Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums fortgesetzt.

Abg. Delius (Dem.) dankt den Postbeamten an Ruhr und Rhein für ihr väterländisches Verhalten. Er wünscht Ermäßigung der Telefonarie für besondere Klassen, z. B. für Ärzte und für Wohlfahrtsvereinigungen. Auf dem Gebiete der Sachausgaben könnte gespart werden, besonders sei in den letzten Jahren zuviel gebaut worden. Wir brauchen ein Postfinanzgesetz. Die Postreform müsse verpackt werden. Bedauerlich sei die Zurücknahme schon erfolgter Kündigungen, dieses sei höchstens zu entschuldigen bei Beamten im Einbruchgebiet.

Abg. Voss (Komm.) erklärt, daß von einem sozialen Zug in der Postverwaltung nicht viel zu hören sei. Soller und Sollerinnen, Kriegsbeschädigte und Kriegervitwen würden am härtesten von dem wahllosen Abbau betroffen. Der Abbau dürfe nicht unter eine gewisse Grenze heruntergehen, wenn nicht der ganze Postbetrieb leiden soll. Reichspostminister Stinagel: Es ist unser Bestreben, den Postdienst auf das Notwendigste einzuschränken. In der Frage der unehelichen Mütter wollen wir uns ganz von sozialen Rücksichten leiten lassen, jeder Fall soll einzeln unterleuchtet werden. In den Dienst gehört keine Politik, weder der Sowjetkern noch das Vaterland. Ebenfalls ist es mit dem Silberkamm in den Diensträumen, am besten hängt man keine Vorstände, sondern Landkassisten auf. (Beifall.) Bei den Postagenten hat in den letzten Jahren eine bedeutende Aufbesserung der Bezüge stattgefunden. Die Einführung der Freimachungsmaschinen lassen wir uns weiter angelegen sein.

Abg. Dr. Strathmann (Dn.) befragt eine auch von den anderen bürgerlichen Parteien unterstützte Entschließung, für den Buchverkehr der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken eine Ermäßigung der Paketportosätze einzutreten zu lassen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Die Entschließung Strathmann wird angenommen, ebenso eine Entschließung des Zentrums, die Verwaltung möge die Inhaber der Eisenbahnpferde im besetzten Gebiet eingerichteten Postkraftwagenfahrten vermehren und die Fahrkosten im Interesse der wirtschaftlich schwächeren Volksschichten erheblich herabsetzen.

Dann wird die Etatsberatung unterbrochen und die im Ausschuß erledigten Vorlagen (Verlängerung des Besoldungsvertrages bis zum 1. Juli 1923 und Notetat für 1923) werden debattelos in allen drei Lesungen angenommen.

In der Einzelberatung des Notetats ersucht Abg. Seppel (Soz.) die Verwaltung, bei der Befestigung von Beamten zur Finanzverwaltung einen Ortswechsel möglichst zu vermeiden. Der Redner weist eine feibere Bemerkung des Abg. Bruns zurück und begründet es im Gegensatz zu diesem Redner, daß heute ein befähigter unterer Beamter zum Notetat befördert werden kann. In ähnlicher Weise wendet sich Abg. Koch-Eisen (Z.) gegen den Abg. Bruns. Die Aufstiegsmöglichkeiten der Beamten der unteren Besoldungsgruppen sollten verbessert werden. Die unteren Beamten hätten sich bei der Berechtigung des früher von

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten.

Dr. Zeigner (Soz.) gewählt.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 21. März.

Endlich ein Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl! Dieses nach den bisherigen Vorgängen kann noch glaubhafte Ereignisse wurde heute doch zur Wirklichkeit und gab der 3. Sitzung des Landtags das äußere Gepräge eines „großen Tages“. Vor dem Landtagsgebäude saute sich die Menge, im Treppenhause fanden Hunderte, die verächtlich Einlaß begehrten, da alle Eintrittskarten vergriffen waren. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch ein hartes Polzeiaufgebot machte sich bemerkbar. Der Beginn der Sitzung verzögerte sich um 15 Minuten. Als die Sitzung eröfnete, füllte sich der Saal rasch mit Abgeordneten. Zuletzt erschien das Präsidium.

Als einziger Punkt verzeichnet die Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Müller teilt zunächst mit, daß der Abg. Herrmann (D. Sp.) wegen Erkrankung fehlt. — Abg. Dr. Niechammer (D. Sp.) schlägt vor, den Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.) zum Ministerpräsidenten zu wählen. — Abg. Bentler (Dn.) erklärt, daß seine Partei diesen Antrag unterläßt und für Dr. Kaiser stimmen werde. — Abg. Bittich (Soz.): Wir schlagen den Abg. Dr. Zeigner als Ministerpräsidenten vor. Abg. Dr. Seufert (Dem.) verliest folgende Erklärung: Die Sozialdemokratie hat sich mit der kommunistischen Partei geeinigt; das heißt, die Einsicht hat sich der Gewalt, die Führerschaft hat sich der Masse gebeugt; die Sozialdemokratie hat sich der kommunistischen Partei unterworfen. (Unruhe bei den Soz.) Das veröffentlichte Programm ist ein verkapptes kommunistisches Diktat. (Unruhe bei den Komm.) Durch dieses werden die Reichs- und Landesverfassung nach Wort und Sinn auf das Schwerste verletzt. Wir erheben dagegen Einspruch im Namen des Volkes und des Landes, der seit auf dem Boden der Verfassung steht, des Volkes, zu dem auch die weite Kreise der Sozialdemokratie gehören. Wir bedauern, daß dem kommunistischen Ansturm der Teil der Sozialdemokratie erlegen ist, der, wie auch unsere Partei es fordert, eine Verständigung der verfassungstreuen Republikaner erstrebt hat. Wir bekämpfen die getroffene Vereinbarung als eine innere Unwahrschäftigkeit, die darin liegt, daß unüberwindliche Gegensätze überhört und verleitet worden sind. Noch einmal wollen wir es vor aller Öffentlichkeit bezeugen, daß es uns höchster Ernst gewesen ist mit unserem Bemühen einer Verständigung, und daß wir unser Ziel nicht aus dem Auge verlieren werden. Mit den beiden Rechtsparteien wissen wir uns einzig in der Voraussetzung, daß der unglückselige Einfluß der Vereinten Sozialdemokratie dem Lande und Volke zum täglich schwerer werdenden Verhängnis werden muß; wir wissen und mit ihnen einzig in der Pflicht, diesem Verhängnis entgegenzuwirken. Wir glauben aber, dieser Pflicht am besten genügen zu können, wenn wir uns trotz unserer geringen Zahl selbständig und unabhängig von anderen Parteien halten.

Abg. Bittich (Komm.) verliest eine längere Erklärung seiner Fraktion, die oft von Zwischenrufen unterbrochen wird. Seine Partei werde für den Kandidaten der Sozialdemokraten stimmen, ohne ihre grundsätzliche Stellung gegen den Parlamentarismus zu ändern. Seine Partei erstrebe nach wie vor die Diktatur der Proletariats. (Erregte Zurufe von rechts.) Wir erklären in der Einigung der beiden Arbeiterparteien eine Niederlage der Koalitionspolitik. Die Bildung einer neuen sozialdemokratischen Regierung hat unter tätiger Mitarbeit und Kontrolle der kommunistischen Partei stattgefunden. (Zurufe: Kontrolle!) Die neue Regierung müsse ohne Rücksicht auf das Bürgerum und im unmittelbaren Zusammenarbeiten mit den Arbeitern außerhalb des Parlamentes regieren. (Beifall rechts.) Es wird hierauf zur Wahl durch Stimmgabeln gestritten. Es werden 35 Stimmzettel abgegeben, davon lauten 40

mittleren Beamten wahrgenommenen Dienstes im allgemeinen bewährt.

Minister Stinagel bestätigt, daß einzelne Verlager zwar vorkämen, aber im ganzen habe die Verwaltung mit den unteren Beamten in solchen Stellenen gute Erfahrungen gemacht.

Der Rest des Postetats wird nach den Ausschlußvor schlägen erledigt. Ohne Debatte wird der Etat der Reichsdruckerei angenommen.

Nach 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr (Interpellationen wegen des sächsischen Feiertags-Erlasses, keine Vorlagen).

Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat nahm am Mittwoch die Novelle zur Bekanntmachung über den

Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken ohne Änderungen an. In der Debatte verlangten die Arbeitnehmers (Herr Albrecht) das Ankaufsrecht als obligatorische Voraussetzung und auch einen Eingriff in das Erbrecht. Die Arbeitgeber (Dr. Brandt) fürchteten, daß das Gesetz auch Bodenverordnungen der Industrie erschweren könnte. Das Reichsarbeitsministerium erwiderte, es handele sich nur um landwirtschaftliche Grundstücke. Die Landwirtschaft (Dr. Voss) beantragte Streichung der Bestimmung, daß bei Verkaufsgenehmigungen besondere Verfügungen gemacht werden können. A. V. Gaußsegger oder Lebensnahme rückständiger Kreissteuern; sie beantragte ferner Befristung des Gesetzes auf sechs Jahre und Übertragung aller land- und forstwirtschaftlichen Angelegenheiten, insbes. des Zedlungsverwehens auf das Reichsernährungsministerium. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt. Die Beratung über das

Arbeitslosenunterstützungsgesetz, bei welchem vor allem über die Streitfrage noch keine Einigkeit herrscht, mußte abgebrochen werden. Versicherungspflicht sollen alle sein, die der Krankversicherungspflicht unterliegen. Weiterberatung Donnerstag, außerdem Arbeitszeitgesetz für Angestellte.

Der Nachtverkehr im besetzten Gebiet verboten.

Die französischen Besatzungsbehörden haben als Sanktion gegen die angeblich von Deutschen verübten Missetaten auf französische Soldaten von heute an jeden Verkehr nach und von dem besetzten Gebiet von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.

Neue unerhörte Gewaltmaßregeln.

Aus Buer wird gemeldet: Folgender Befehl der französischen Besatzung wird im diesigen Bezirk veröffentlicht: Gewisse deutsche Zeitungen verbreiten rein erfundene Nachrichten mit dem Zweck, der Bevölkerung

für den bisherigen Justizminister Abg. Dr. Zeigner, 38 auf Dr. Kaiser und 8 auf Dr. Seufert. Präsident Bittler erklärt: Die Wahl ist auf Dr. Zeigner mit absoluter Mehrheit gefallen. Ich frage den Abg. Dr. Zeigner, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Zeigner: Nachdem die Mehrheit der Abgeordneten mir das Vertrauen bekundet hat... (Beifall rechts.) Ruhe von den kommunistischen Bänken: (Raus!) nehme ich die Wahl an. (Beifall links.)

Hierauf verlassen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei den Saal.

Präsident Bittler: Auf Grund von § 9 der Verfassung hat der Ministerpräsident den Eid auf die Verfassung zu schwören.

Der neugewählte Ministerpräsident Dr. Zeigner begibt sich hierauf an den Regierungstisch und spricht dem Präsidenten folgenden Eid nach: Ich schwöre Treue der Verfassung!

Damit schließt die Sitzung nach halbstündiger Dauer.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 22. März, vormittags 10 Uhr: Nachtragetat. Der Präsident gibt sodann noch bekannt, daß in der Osterwoche keine Sitzungen stattfinden werden. Die erste Sitzung nach der Osterpause findet Dienstag, 10. April, vorm. 10 Uhr statt mit der Tagesordnung: Regierungserklärung. Am Donnerstag, 12. April, vorm. 10 Uhr beginnt die Aussprache über die Regierungserklärung. Bei dieser Aussprache sollen mißverhandelt werden alle die Anträge und Anfragen, die damit in Verbindung stehen.

Das neue Kabinett Zeigner.

Im neuen Kabinett Zeigner werden Wirtschaftsdirektor Reich, Kultusminister Fleischer und Finanzminister Held auf ihren Posten bleiben. Als Minister des Innern ist der Abgeordnete Hermann Siebmann aus Leipzig, als Arbeitsminister Abgeordneter Georg Graube aus Bismarck in Aussicht genommen. Beide gehören der sozialdemokratischen Partei an. In der Landtagsitzung am 10. April wird der neue Ministerpräsident Dr. Zeigner eine Regierungserklärung abgeben, deren Besprechung am 12. April erfolgen soll.

Verabschiedung des alten und Einweisung des neuen Ministerpräsidenten.

Der bisherige Ministerpräsident Buch hat sich am Mittwoch nachmittag, kurz nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten im Landtag, von den Beamten und Angestellten der ihm unmittelbar unterstehenden Behörden, der Staatskanzlei und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, verabschiedet. Er stattete allen Damen und Herren seinen Dank ab für die treue Mitarbeit und gab der Doffnung Ausdruck, daß sie das ihm gegenüber bewiesene große Vertrauen auch seinem Amtsnachfolger gegenüber fernerhin betätigen möchten.

Namens der Angestellten und Beamten sprach Ministerialdirektor Dr. Schulze dem scheidenden Chef den aufrichtigen Dank für das Vertrauen und Wohlwollen aus, das er jederzeit allen seinen Mitarbeitern bewiesen habe und bei den neuen Ministerpräsidenten, im Sinne seines Amtsvorgängers ebenfalls allen ein gerechter Vorgesetzter zu sein.

Der neue Ministerpräsident Dr. Zeigner sprach in seiner Antwort seinen Dank für die Begrüßung und im Anschluß die Doffnung aus, daß das bisherige vertrauensvolle Mitein角度arbeiten zum Wohle der gemeinsamen Arbeit andauern und daß ihm beim Abschiede bereinigt der Dank mit derselben Wärme entgegenfließen möge, die heute seinem scheidenden Amtsvorgänger gewidmet worden sei.

Klar zu machen, die Schuldigen an der Ermordung der französischen Offiziere in Buer seien französische Abenteurer gewesen. Der kommandierende General des besetzten Gebietes der 47. Division wird künftig alle Personen zur Verantwortung ziehen, die Zeitungen verkaufen, in welchen solche verlogene Meldungen als wahrheitsgemäß wiedergegeben werden, oder die im Besitze einer solchen Zeitung sind. Jeder Zeitungsverkäufer, jeder Inhaber einer Zeitungslokales, jede Person, die im Besitze einer der oben genannten Zeitungen gefunden wird, wird wegen Beleidigung der Besatzungsstruppen verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt werden. — In Verfolg dieses Befehls wurden im Laufe des Vormittags in Gladbeck und Vortrop von belgischen Vatrovillen Straßensperren nach Zeitungen durchsucht. Etwa 60 Personen, bei denen auswärtige verbotene Zeitungen vorgefunden wurden, sind der Kommandantur in Gladbeck vorgeführt und in Haft gesetzt worden.

Ein Deutscher wegen Verlegung eines Franzosen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Vor dem französischen Kriegsgericht Werden hatte sich der 23 Jahre alte Kaufmann Franz Stach aus Ruyfedeburg wegen Mordversuches zu verantworten. Der Angeklündigte hatte eines nachts anlässlich einer Fahrgewinn durch französische Soldaten die Flucht ergriffen, als ihn ein Franzose nach Waffen untersuchen wollte. Auf der Flucht gab er einen Schuß ab, durch den der ihn verfolgende Franzose am linken Hinterhauke verletzt wurde. Das Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus. (1) Der Vertreter der Anklage hatte lebenslängliche Zuchthausstrafe beantragt. Eine schweizerische Staatsangehörige von französischen Soldaten geraubt.

Aus Bern wird gemeldet: Beim Eidgenössischen Departement ist ein Bericht des schweizerischen Konsulats Stuttgart betreffend den Fall einer Frau Anna Marie Stark aus Tanne eingetroffen, die erklärt, sie sei auf der Flucht in Vorburg von französischen Soldaten angehalten und ihrer gesamten Barschaft beraubt worden. In der Kaserne habe man ihrer Anzeige keinerlei Beachtung geschenkt und kein Protokoll darüber aufgenommen. Da bei ihrer Ankunft in Naumburg das schweizerische Konsulat geschlossen war und Frau Stark ihre Reise fortsetzen mußte, so wandte sie sich an das Konsulat in Stuttgart. Ein Ergebnis der Untersuchung dieser Angelegenheit liegt noch nicht vor.

Photographische Aufnahmen in der Essener August Thullen-Gasse.

Aus Essen wird berichtet: Gelegentlich der Befestigung der August Thullen-Gasse durch die von einem starken belgischen Truppenangebot begleitete französische Ingenieurkommission wurden auf mehreren Lagerplätzen photographische Aufnahmen der Bestände an Rohrin, Halb- und Fertiggladrikaten gemacht, obwohl die Verteilung entschieden dagegen protestierte. Ganz besonders Aufmerksamkeit widmeten die Mitglieder der Kommission den Neuanlagen, die die August Thullen-Gasse zur Zeit als

Erst die verloren gegangenen Baupläne der Anlagen errichtet hatte. Die Kommission machte in großer Zahl photographische Aufnahmen der Gebäude, die bei der Räumung der Zeit naturgemäß nur in oberflächlicher Weise erfolgen konnten. Es war zweifellos Hauptzweck dieser Eingriffe, einen Einblick in die Produktionsmöglichkeit und technischen Neuerungen des Betriebes zu gewinnen.

Scharfe Verkehrsbeschränkungen in Fern.
In Fern hat das Generalkommando scharfe Verkehrsbeschränkungen befohlen. Alle Posten sind von neun Uhr abends ab geschlossen zu halten. Mehr als zwei Personen dürfen nicht aufkommen sein. Niemand darf auf der Straße stehen bleiben. Die Posten sind anzuweisen, bei Nichtbefolgung dieser Verordnung sofort zu schießen.

Postpersonal in Offen gewaltsam entsetzt.
In Offen haben die Franzosen am 19. März, 10 Uhr vormittags, das Personal des Telegraphenamtes gewaltsam aus dem Amtsentfernt, weil die Anstaltsleitung es ablehnte, einen Apparat für die Befragung instandzusetzen zu lassen. Der Telegraphenbetrieb liegt noch still in Düsseldorf, Duisburg, Wiesbaden, Mainz, Wodum und Offen.

Ein holländischer Arbeiterführer von den Franzosen verhaftet.

In Duisburg wurde der Führer der holländischen Transportarbeiter, Neumann, von den französischen Behörden verhaftet, weil er Flugblätter verteilt hatte.

Der Kampf gegen die Zollbeamten.
Sämtliche Beamte des Zollamtes und des Landesfinanzamtes Düsseldorf wurden gefesselt verhaftet: Ein Regierungsrat, ein Zollamtsrat, sechs Zolloberinspektoren, drei Oberzollsekretäre, vier Zollsekretäre, ein Kanzleibeamter, drei Zollwachmeister, ein Zollinspektor und ein Steuerassistent. Beim Finanzamt Essen-Land wurde der Oberregierungsrat Plehner verhaftet. Ferner wurden ausgwiesen der Zollinspektor Wittlich, 18 Zollbeamte, bei der Zollinspektion Pöhlheim 5 Zollbeamte, 22 Zollbeamte, Heinsberg 5 Zollbeamte, Obersekretär Dachlin von Langenscheidt, der Sohn des holländischen Landesfinanzamtspräsidenten, sowie der Zollobersekretär Spittler wurden zu drei Monaten Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wiederum ein Bürgermeister verhaftet.
Der Bürgermeister von Wuppertal ist von den Franzosen verhaftet worden, weil er sich geweigert hatte, Räumlichkeiten für die französische Bahnpolizei zur Verfügung zu stellen. — Der vormalige verhaftete Mann der Christlichen Gewerkschaft Duisburger Eisenbahner und der Besitzer des Betriebs zum Anker sind mit Kraftwagen von hier fortgeschafft worden. Man vermutet, daß sie nach Straßburg gebracht worden sind.

Weitere Verhaftungen in Ludwigshafen aus Freudenthal.

Der Vorsitzende der pfälzischen sozialdemokratischen Partei, Landtagsabgeordneter Körner wurde nach einer bei ihm erfolgten Hausdurchsuchung durch die Franzosen verhaftet, ebenso der Amtspräsident Jung aus Ludwigshafen. Der Abg. Burger der pfälzischen Gruppe der Deutschen Volkspartei wurde ebenfalls mit einer Hausdurchsuchung beehrt. Mehrere Schriftstücke wurden bei ihm beschlagnahmt. Der Abgeordnete Burger ist nur durch den Umstand, daß er sich gegenwärtig in München befindet, der Verhaftung entgangen. Weiter wurden 15 junge Leute ausgestellt unter dem Verdacht, einer Offiziersvereinigung anzugehören, 2 Polizeinspektoren und ein Gemeindeführer verhaftet. Auch in Freudenthal sind Verhaftungen vorgenommen worden. Auch der Gerichtspräsident wurde von den Franzosen verhaftet und nach Mainz überführt.

Tauf des Reichspräsidenten an die von den Franzosen befreiten Polizeibeamten.

Der Reichspräsident hat an die 9 Schutzpolizeibeamten aus Wodum und Fern, die nach Verbüßung einer einmonatigen Gefängnisstrafe von den Franzosen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, ein Telegramm geschickt, in dem er ihnen für ihre treue Pflichterfüllung dankt und ihnen Anerkennung für ihre tapferen Verhaftungen jollt.

Ein schwer verletzter Deutscher seinen Verletzungen erliegen.

Der am 13. März zwischen Herbede und Dagen von französischen Soldaten durch Ausschuss schwer verletzte Hülft ist am 20. März im Krankenhaus Herbede seinen Verletzungen erlegen.

Keine Beziehungen der Beamten zu den Besetzungsbehörden.

Der Düsseldorf-Verichtskatter von Savas hat beauptet, daß der Regierungspräsident von Münster neuerdings die Beamten im Ruhrgebiet angewiesen habe, Beziehungen zu den Besetzungsbehörden aufzunehmen unter der Bedingung, daß ihm vorher Bericht erstattet werde. Wie wir von zuständigen Seite erfahren, ist diese Meldung frei erfunden.

Eine verdiente Abfuhr.

Eine Abordnung der internationalen Militärkontrollkommission hatte am Mittwoch den Versuch unternommen, den Betrieb der Aero-Lloyd K. G. auf dem Flughafen in Essen zu beschließen. Unter den in Zivil erschienenen Offizieren befand sich auch ein Belgier. Die Abordnung war vorläufig von einem deutschen Offizier begleitet. Als die Herren vor den Flugzeugballen in Stufen vorzudrängen, trat sofort der Betriebsrat der Werkarbeiter auf. Er begab sich zu den Offizieren und erklärte, die Abordnung des Betriebsrates könne für die Sicherheit der Herren während der Besichtigung nur dann garantieren, wenn versichert würde, daß sich kein Franzose oder Belgier unter den Kontrolloffizieren befindet. Der Führer der Kommission gab an, daß sich unter den Offizieren auch ein Belgier befände und daß man infolge der Erklärung des Betriebsrates für heute darauf verzichte, die Besichtigung vorzunehmen. Die Kommission kehrte darauf unverrichteter Dinge nach Berlin zurück.

Fürsorge für die ausgewiesenen Eisenbahner.

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurde u. a. der Eisenbahner weiterberaten. Reichsverkehrsminister Grewer teilte bezüglich der Fürsorgemaßnahmen für die aus dem besetzten oder Einbruchgebiete ausgewiesenen Eisenbahner mit, daß in der großzügigsten Weise verfahren werde. Die Wohnungsfürsorge habe sich als zureichend erwiesen. Eisenbahnerangehörige ohne Möbel werden untergebracht in Eisenbahnerwohnheimen oder bei Eisenbahnerinnen, die freiwillig Zimmer zur Verfügung stellen. Dies reiche zurzeit bei weitem aus. Für die verdrängten Eisenbahner, die eigene Möbel mitgebracht haben, werden alle

von der Eisenbahn kontrollierten Wohnungen, namentlich Reihenhäuser, beschlagnahmt. Außerdem sind Geldmittel für den Ausbau von Wohnungen an vorhandenen Gebäuden bereitgestellt. Auch die Reihenhäuser in Frankfurt a. M. stehen zur Verfügung. Trotzdem also eine große Anzahl von Wohnungen bereit steht, sind nur wenige bisher in Anspruch genommen worden, weil die Eisenbahner ihre Ausweisungen nur als eine vorübergehende Erschöpfung ansehen und den natürlichen Wunsch haben, an ihren alten Aufenthaltsort so bald als möglich zurückzukehren, sich deshalb also nicht gern auf lange Zeit einzurichten wollen. — Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums gab dann noch einen Überblick über die technischen Neuerungen im Lokomotivbau zwecks Kohlenersparnis. Sehr große Ersparnisse würden erzielt von der Verwendung der Dampf-turbinen im Lokomotivtrieb. Die erste Lokomotive solle im Sommer dieses Jahres fertiggestellt und im Betrieb erprobt werden, wenn ihre Fertigstellung in den Kruppischen Werken nicht durch die Ruhrbesetzung verzögert werde. Auch an der Frage der Diesellokomotive mit Verbrennungsmotoren werde ständig weitergearbeitet. Voll auswirken könnten sich aber nur die technischen Verbesserungen, wenn gleichzeitig die allen zu viel Kohle verbrauchenden Lokomotiven aus dem Betriebe ausgemergelt würden.

De Trocquer über die Brennstoffmengen im Ruhrgebiet.

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten De Trocquer hat nach seiner Rückkehr aus Düsseldorf dem Vertreter der Savas-Agentur gegenüber die Erklärung abgegeben, daß er die im nördlichen Teil des Ruhrgebiets angekauften Brennstoffmengen mit etwa einer Million Tonnen Kohle und mindestens 450 000 Tonnen Koks beziffere. Nachdem dieses Ergebnis erzielt sei, beginne jetzt die Ausbeute. Im Augenblick werde bereits auf drei Plätzen gearbeitet: auf den holländischen Becken Westerbolt und Blumenthal und auf der Höhe Konforbia. Er möchte nicht gerne übertriebenen Optimismus bekunden oder der französischen Industrie unerfüllbare Versprechungen machen, aber er dürfe sagen, daß es in der Absicht des Generals Degoutte und der Ingenieurkommission liege, die Koksabfuhr jede Woche um etwa 1000 Tonnen täglich zu verstärken, um so rasch wie möglich diejenigen Quantitäten zu erreichen, die Deutschland auf Grund des Friedensvertrages hätte liefern müssen. Bereits bis zum Ende dieser Woche gedenke man die tägliche Koksabfuhr auf 2500 bis 3000 Tonnen täglich zu steigern, was man Anfang Februar erst für Ende dieses Monats erhofft hatte.

Anmerkung des H. T. D.: Wenn a. H. eine Million Tonnen Kohle und 450 000 Tonnen Koks im Ruhrgebiet auf den Hals liegen, so ist das nicht ein Ergebnis, das von den Franzosen erzielt worden ist, sondern diese Kohlen- und Koksengen sind bisher von den Bergarbeitern freiwillig geliefert worden. Diese Förderung hört auf jeder Grube auf, sobald die zwangsweise Abförderung erfolgt. Am abträglich ist die Abförderung mit Hilfe französischer Arbeiter unter bewaffneter Bedeckung bisher nicht über 400 Tonnen täglich hinausgegangen, das ist noch nicht ein Prozent der deutschen freiwilligen Lieferungen vor dem 10. Januar 1923.

Zum türkischen Frieden.

Die Konferenz der alliierten Sachverständigen zur Untersuchung der türkischen Gegenverhältnisse wurde gestern im Foreign Office unter dem Vorsitz Lord Curzons eröffnet. Wie verlautet, wurden Unter-ausschüsse ernannt, um die verschiedenen Klaukeln der türkischen Gegenverhältnisse zu prüfen.

„Echo de Paris“ weist darauf hin, daß Mustafa Kemal Pascha in Adana in einer Rede erklärte, es könne nicht gebildet werden, daß Länder, die 700 Jahre hindurch zum Osmanischen Reich gehörten, heute unter fremder Befragung stünden. Er verwarf die Hauptgegenstände und die einzige Berechtigung des Vertrages, den man in der Nationalversammlung im Oktober 1921 beschlossen habe. Von dem Vertrage habe man etwas ganz anderes erwartet. Heute sehe man, was man von diesen Hoffnungen zu halten habe. Frankreich habe die Lage vollkommen verkannt. Wenn einzelne Politiker nach ihren Köpfen hätten handeln können, so hätte man sicher nicht geduldet, den Kalb nach Mosul und Bagdad zurückzuführen. Man hätte also auf diese Weise das Gebiet, das Frankreich in der Hand habe, umzingelt. „Echo de Paris“ erklärt dazu, die Worte Mustafa Kemal Paschas zeigten die Größe des begangenen Fehlers. Der französische Delegierte Bompard werde jetzt in London Instruktionen zur Ausführung zu bringen suchen, die denen entgegengesetzt seien, die er anfangs Januar erhalten habe. Frankreich könne sich zu diesem Umsturz beglückwünschen. Möge dieser Umsturz in Sorten durch eine entscheidende Haltung Frankreichs vervollständigt werden. Das Blatt fordert die unverzügliche Ernennung eines Oberkommissars, der das neue Regime der Türkei durchzuführen und alles tun solle, um die türkischen Ränder zu unterwerfen. General Gouraud habe den Posten in Syrien schon vor mehreren Monaten verlassen, entweder fehre er schleunigst zurück oder man müsse ihm unverzüglich einen Nachfolger geben.

Aufruf des Oberschlesischen Hilfsbundes.

Der Oberschlesische Hilfsbund, bekanntlich die Zentralstelle für alle Sammlungen zugunsten Oberschlesiens, erläßt im Anschluß an die Wiederkehr des ober-schlesischen Abstimmungstages folgenden Aufruf:

„Französische Sabotage führte zu dem traffen Friedensbruch der völkerrechtswidrigen Besetzung des Ruhrgebietes. Das ganze deutsche Volk führt in allen seinen Schichten und Parteien einmütig und entschlossen einen heldenhaften Abwehrkampf gegen die Friedensbrecher. Aller Augen sind nach dem Westen gerichtet, aber auch dem Osten muß unsere Aufmerksamkeit gelten.“

Ueber der gewaltigen Not im Westen vergeht nicht der Tag und der drohenden Gefahr im Osten! Kommt doch gerade jetzt Oberschlesiens, dem Ruhrgebiet des Ostens, die hervorragende Bedeutung zu, wird doch die Aufrechterhaltung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens nunmehr infolge der Vergeßlichkeit des Ruhrgebietes in erster Linie von der Produktionsfähigkeit Oberschlesiens und dem ungetrübten Verbleiben dieses Landes bei Deutschland abhängig sein. Weil Polen dies weiß, versucht es, mit französischen Mitteln reich zu werden, das Deutschland durch Ausweitung der deutschen Bevölkerung aus dem ihm zugefallenen Teil und durch Einschüchterung und Bedrohung im deutschen Teile Oberschlesiens zu schwächen. Jedem kennt die Gefahr.

Der erste Schritt zur Abwehr ist getan durch die Zusammenfassung aller deutschen Organisationen zu einer kraftvollen Einheitsfront im „Oberschlesischen Hilfsbunde“. Diese Einheitsfront auch im Osten zu erhalten, auszubauen und zu stärken, ist unsere dringende Pflicht. Hier heißt es mitanhelfen, mitausführen und gerade jetzt doppelt und dreifach Eile zu setzen, um durch die Stärkung und Förderung des Deutschtums in Oberschlesiens die Aufrechterhaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens sicherstellen und so den Abwehrkampf im Westen zu erfolgreichem Ende führen zu können.

Darum ihr Deutschen alle, die ihr dem Westen so einig und opferwillig geholfen habt, gewährt auch Oberschlesiens die gleiche Eile. Gedankt seiner gerade lebt, anständig der Widerkehr des Tages, an dem es unentwegt und allen, ganz Deutschland die Treue heißt: Treuet dem „Oberschlesischen Hilfsbunde“ bei und führt ihm opferfreudig eure Spenden zu.

Volkswirtschaftliche Wochenübersicht.

Die Reichsregierung hat den parlamentarischen Abgeordneten einen Bericht vorgelegt, der mit einem Fehlbetrag von 7,1 Milliarden Mark abschließt. Es ist heute nichts auf solche Dinge hinzuweisen, weil es heute nicht die glauben, daß wir bereits zu einer Stabilisierung der Mark gelangt seien, und daß es nur noch nötig sei, aus der vorläufigen Stabilisierung eine dauernde zu machen, um wieder endgültig zu einer festen Währung zu gelangen. So liegen aber die Dinge keineswegs, und zu einem resorbierenden Defizit müssen wir uns die finanziellen Verhältnisse der Gegenwart ganz gewiß keine Veranlassung. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums hat im Reichstag festgestellt, daß der Plan zur Sanierung der Reichsfinanzen infolge des französischen Ruhrstreiks in Nebenverrichtungen worden ist und daß wir in eine Paniksituation ohne Maß und Ziel hineingetrieben sind. Der Reichsgeldumlauf hat die vierte Milliarde überschritten, und die schwebende Schuld des Reiches bereits am 10. März 4,3 Milliarden Mark. Es ist ein äußeres Kennzeichen unserer hoffnungslosen Zahlungsunfähigkeit, daß wir auf zahlreichen Gebieten in eine Inflationswirtschaft hineingetrieben sind, während man in Vorbereitung sein sollte mit Maßnahmen zu rechnen brauchte. Aber es wäre ein Zeichen höchst schlimmer und oberflächlicher Beurteilung unserer Wirtschaftslage, wenn man sich dem Glauben hingeben wollte, wir brauchen jetzt nur noch die Stabilisierung und die Rückkehr zur Goldmark, um aus allen Schwierigkeiten herauszukommen zu können. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat es für nötig erachtet, in einem besondern Beschlusse darauf hinzuwirken, in ganzem Umfang die noch bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dieser Angelegenheiten, an die Einwirkung von Goldmarknoten heranzugehen. Wenn die Banken von einem vorläufigen Heberweg zur Währungsreform eine große wirtschaftliche Gefahr für Deutschland, so wird die Öffentlichkeit an dieser Warnung nicht achtlos vorbeigehen dürfen.

Trotzdem darf man auf der anderen Seite die freundliche Aufnahme, die die deutsche Goldanleihe, die doch nur als eine innere Gedacht war, sogar in amerikanischen Bank- und Kapitalistenkreisen gefunden hat, als ein gutes Zeichen für die Euforien, die die amerikanische Großbank an unsere zukünftige finanzielle Gesundung knüpfen, ansehen. Schon die Wut, mit der die französische Presse über diese Haltung amerikanischer Kapitalisten gegenüber der Goldanleihe berichtete, darf uns als Beweis dienen, daß wir es hier mit einem uns überaus günstigen Moment zu tun haben. Eruierlicherweise hat die New Yorker Bank sich auch durch die französischen Befehlsbefehle nicht abhalten lassen, ihre Kunden zur Zeichnung der deutschen Anleihe aufzufordern. Freilich wird Deutschland die endgültige Regelung des Reparationsproblems für alle Fälle abwarten müssen, bevor es sich um eine auswärtige Anleihe bemühen kann. Es darf nicht verkannt werden, daß Deutschlands Reparationsfähigkeit um so geringer wird, je länger der wirtschaftliche Vernichtungskampf, den Woincaré an der Ruhr gegen uns führt, andauert. Selbst wenn wir Jahre hindurch keinerlei Reparationen zu leisten brauchen, wäre unsere finanzielle Lage überaus schwierig und könnte nur durch eine große auswärtige Anleihe in gelumde Bahnen zurückgeleitet werden.

Die Rückwirkung der vorläufigen Markbefestigung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands kann nur teilweise als günstig bezeichnet werden. Die Schattenseiten der Stabilisierung, die uns aus Österreich und anderen Ländern längst bekannt sind, machen sich auch bei uns jetzt stark geltend. Das Geschäftleben ist vielfach fast zum Stillstand gelangt. Die Warenbesitzer und die Spekulation haben viel Geld verloren. Das mag zunächst nur die Betroffenen angehen. Aber die finanziellen Zusammenbrüche und Zahlungsunfähigkeiten, die insbesondere im Getreidehandel und im Metallgroßhandel vorgekommen sind, sind auch für die Volkswirtschaft nicht gleichgültig. Im Handel und besonders in dem kapitalschwachen Kleinhandel werden die Waren heute oft billiger verkauft, als die deutsche Industrie sie herzustellen vermag. Die Hoffnungen, die Herstellungskosten der Produktion herabzudrücken und dadurch auf dem Wege weiteren Preisabbaus auch zu einem Lohnabbau zu gelangen, sind heute nicht mehr so ganz aussichtslos. Der Reichsfinanzminister hat nach langem Drängen sogar zugestimmt, den Abbau der Kohlensteuer in Erwägung zu ziehen. Auf der anderen Seite freilich plant er eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die natürlich im höchsten Grade wasserverteuernd wirken würde. Man kann es freilich vom Gesichtspunkt des für die Reichsfinanzen verantwortlichen Ministers aus begreifen, daß dieser sich angesichts des Millionendefizits im Reichshaushalt gegen die wirtschaftlich notwendigen Bestrebungen, Kohlensteuer, Ausfuhrabgaben, Umsatzsteuer und Verkehrsteuern abzubauen, mit allen Kräften wehrt. Der Widerstand, der hier unerschrocken vorliegt, zeigt eben nur, daß unsere Entwicklung vor einer schweren Krise steht.

Sport.

Der Allgemeine Deutsche Spielplatzverband findet am 27. Mai 1923, dem Tage der großen Staffelläufe statt. Die Leitung der Veranstaltung liegt in den Händen einzelner Städte in den Händen der Ortsgruppen des Deutschen Reichsverbandes für Spielplätze, die alle weiteren Auskünfte erteilen. Orte, die gleichfalls den Wettbewerb durchzuführen wünschen, erhalten anfrühende Druckschriften, Auskünfte usw. vom Generalsekretariat des Deutschen Reichsverbandes für Spielplätze, Berlin, E. W. Kurfürstendamm 48.



Vertreter: Eberhard Klemm, Riess, Telefon 767